

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 19 (1978)  
**Heft:** 14

**Artikel:** Afghanistan auf dem Weg nach Moskau : Ueberlegungen zum Thema  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094122>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ueberlegungen zum Thema

# Afghanistan auf dem Weg nach Moskau

Von Peter Sager

Die aussenpolitische Haltung Afghanistans nach dem kürzlichen Umsturz entspricht kaum den in vergleichbaren Fällen bisher befolgten Gepflogenheiten. Auffallend ist vor allem der Kontrast im Verhalten gewissermassen während der ersten und nach der zweiten «Stunde».

Sofort nach der Machtübernahme, die übrigens auf tadellose Vorbereitung und Organisation schliessen liess, wurden in rascher Folge alle nötigen Akzente gesetzt: Das neue Regime gab sich durch Worte und erste Taten, nach Absicht und Verhalten auch, als eindeutig moskaufreundlich zu erkennen. Im Hinblick auf die geopolitische Lage Afghanistans waren für die Region ungünstige Auswirkungen zu erwarten. Aber diese sind bis heute ausgeblieben, und der Beobachter ist zunächst etwas sprachlos. Zumal eben die geopolitische Lage des Landes einerseits, die für Moskau etwas problematische Gesamtlage andererseits raschere Vorstösse von Kabul aus hätten erwarten lassen.

Vorab einige Hinweise zur geopolitischen Lage Afghanistans. Sie ist von Bedeutung einmal in östlicher Richtung, wo Pakistan in eine unsichere Lage geraten ist und wo Indien sich einen kleinen Schritt von Moskau gelöst hat. In dieser östlichen Richtung könnte Afghanistan einer Zunahme des chinesischen Einflusses vorbeugen.

Bedeutungsvoller sind indessen die Möglichkeiten, die Afghanistan als Ausfallposition gegen Westen bieten könnte. Die Stellung Irans wird dadurch gefährdet, in Verlängerung der Linie auch die Stellung der Türkei. Vor allem aber könnte sich eine Zangenbewegung gegen die Oelproduzenten im nahöstlichen Raum abzeichnen, eine Zangenbewegung, die gleichzeitig vom Horn von Afrika und jetzt von Afghanistan aus denkbar wird. Jedenfalls könnte das Gefühl einer sowjetischen Einkreisung bei den arabischen Staatsführern entstehen.

Für die Aufnahme einer derartigen Offensive würde nebst den genannten Gründen auch spre-

chen, dass die Sowjetunion sich gesamthaft eher in einer defensiven Lage befindet, weil die Abwehrhaltung international gegenüber den sowjetischen (und in ihrem Gefolge auch kubanischen) Vorstössen verstärkt worden ist: Europäische Staaten haben zum Beispiel die Beratungen um eine aktivere Afrikapolitik aufgenommen, und die Probleme um die Nato werden weniger verdrängt.

Vor diesem Hintergrund könnte die beachtenswerte Zurückhaltung des neuen Machthabers in Kabul zur Frage berechtigen, ob die eindeutigen Anschlussklärungen an Moskau kurz nach dem Staatsstreich zum Nennwert zu nehmen seien.

\*

Vermutlich liegt aber die gegenteilige Betrachtungsweise näher bei der Wahrheit. Dazu folgende Ueberlegungen:

Die sowjetische Aussenpolitik folgt dem Grundsatz, dass die von ihr ausgeübte latente Drohung zwecks Furchterweckung bei den Völkern, die nicht unter ihrer Herrschaft stehen, bestimmte Grenzwerte weder unterschreiten noch überschreiten darf.

Sinkt nämlich der Furchtpegel unter eine bestimmte Schwelle, so wird die UdSSR weniger ernst genommen, und Konzessionen werden ihr versagt. Das könnte Moskau zwingen, die eine oder andere Drohung wahrzumachen, um glaubwürdig zu bleiben, und davor schreckt sie wegen der damit verbundenen Risiken zurück.

Uebersteigt andererseits der Furchtpegel eine gewisse Schwelle, wird also die sowjetische Bedrohung aus allen Zweifeln herausgehoben, so ergibt sich für Moskau ein ganz anderes Risiko. Wenn nämlich die Notwendigkeit einer Verteidigung gegenüber einer Gefahr *offensichtlich* wird, so finden sich die Völker offener Gesellschaften regelmässig bereit, den Mehrheitsbeschluss zu ihrer Verteidigung im (auch politischen) Krieg zu fällen. Eben dies will die Sowjetunion verhindern.

Das Prinzip der sowjetischen Offensivstrategie besteht somit darin, langsam und permanent

(Fortsetzung auf Seite 6)

Gegenüber der polnischen Presseagentur PAP legte der afghanische Planungsminister die wirtschaftlichen Prioritäten mit einem bereits ideologisch entwickelten Sinn für Proportionen dar: Afghanistan werde ohne jeden Zweifel innerhalb der nächsten zehn Jahre die materielle und technische Basis für die neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung haben. Die führende Rolle übernehme dabei die Industrie, auch wenn sie heute noch kaum 3 Prozent des Nationaleinkommens produziere und noch nicht 1 (ein) Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung beschäftige. Der erste Fünfjahresplan ab März 1979 gebe der Industrie absoluten Vorrang. Zur erfolgreichen Industrialisierung rechne man unter anderem mit der Rückkehr von einer Million Emigranten. («Zycie Warszawy», 26. 6. 1978)

★

Daud wurde beim Umsturz getötet. Anscheinend hatte er auch als «roter Prinz» ein Vermögen behalten; jedenfalls wurde es zusammen mit sonstigem Besitz der königlichen Familie konfisziert

(«Trybuna Ludu», Warschau, 4. 5. 1978). Mitte Juni entzog man 23 Mitgliedern der Dynastie wegen volksfeindlicher und konterrevolutionärer Tätigkeit die Staatsbürgerschaft («Prawda», 15. 6. 1978). Aber zur breitenwirksamen Absicherung der Revolution viel wichtiger war ohne Zweifel die Aufstellung von Militärgerichten, «um mit aller Härte gegen Unruhestifter vorzugehen» («Uj szo», 17. 5. 1978). Im Klartext: Opposition wird von jetzt an standrechtlich behandelt.

Dass die demokratischen Errungenschaften nicht durch ein Mehrparteiensystem beeinträchtigt werden dürfen, machte Taraki in einem Interview für die irakische Nachrichtenagentur klar:

«In Afghanistan gibt es keine Partei ausser der Demokratischen Volkspartei. Sie ist die einzige Partei, denn sie ist gesamtnational, revolutionär, patriotisch und demokratisch. Sie allein hat die Aprilrevolution geleitet; die andern politischen Gruppierungen haben zu ihrem Sieg nichts beigetragen.» An die ausserhalb der Partei stehenden Volksmassen ergeht laut Taraki der «klare Aufruf», sich unter Führung der Partei zur Ver-

teidigung der revolutionären Errungenschaften zusammenzuschliessen. («Prawda», 17. 6. 1978)

Zur Strukturierung dieses Zusammenschlusses ist schon an die Transmissionsriemen im Sinne des Sowjetlagers gedacht. Die künftige Stütze der Regierung, so teilte Kabul Ende Mai mit, seien die Volksorganisationen: die Arbeiter-, Jugend- und Frauenorganisation sowie der Bauernverband, den man demnächst gründen werde. Die Demokratische Volkspartei sei bestrebt, diese Gruppierungen «sobald wie möglich in Massenorganisationen unter Führung der Partei umzuwandeln». («Iswestija», 25. 5. 1978)

★★★

Setzt man statt «Afghanistan» die Namen osteuropäischer Länder in diese Schilderung ein, so hat man die Entstehungsgeschichte der volksdemokratischen Ordnung in allen relevanten Charakteristiken. Das stalinistische Damals ist nicht passé. In der Dritten Welt wird es zum Heute. ■

Vorbilder und Nachahmungen

# Die Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik

Letztes Jahr ist in Zürich zwischen Kirchenrat und Hochschulpfarramt (EHG) ein Konflikt ausgebrochen. Studentenpfarrer H. A. Ritter und Dr. H. U. Schmutz wurde nahegelegt, sich bis zum Sommer 1979 nach einer neuen Tätigkeit umzusehen.

Die Gründe für diese Massnahme lagen vor allem im überaus starken gesellschaftspolitischen Engagement der EHG sowie von deren Arbeitsgruppen «Dritte Welt» (AG 3W) und «Oekologie und Politik» (AG O+P). Seit 1975 hatten sich die Fronten auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Atomkraftwerke versteift. Die AG O+P hatte in einem Inserat zur Besetzung von Kaiseraugst aufgerufen und sich später mit dem Versuch solidarisiert, die Zufahrtswege zum AKW Gösgen zu besetzen.

Die EHG wurde über zwei weitere Arbeitsgruppen aktiv: «Politische Anstellungsverweigerung» und «Christentum und Sozialismus». Sie beteiligte sich im Sommer 1976 auch an einer Informationsveranstaltung «Demokratisches Manifest».

Dem gelegentlichen Beobachter erscheinen Tätigkeit und Einsatz solcher Institutionen als spontaner Ausdruck organisch gewachsenen Willens. Wer die Szene regelmässiger verfolgt, wird gewisser Zusammenhänge gewahr, die nicht mit Zufällen erklärt werden können. Nachfolgend eine Darstellung verwandter Erscheinungen aus Deutschland, der wir eine einlässlichere Beschreibung der Verhältnisse in Köln zu einem späteren Zeitpunkt folgen lassen werden. Red. ZB

Die Evangelischen Studentengemeinden (ESG) sind seit Jahren ins Gerede gekommen — nicht, weil sie ihrem Auftrag der studentischen Seelsorge nachkommen, sondern weil in ihnen «Sammelurium-Sozialisten die Bibel zur Seite gelegt haben und, wie selbstverständlich, stattdessen Mao, Marx und Lenin verkünden» («Rheinischer Merkur», 12. 8. 1977).

Der Antrag, die Evangelischen Studentengemeinden künftig stärker zu kontrollieren, wurde auf der EKD-Synode in Saarbrücken im Herbst 1977

heftig diskutiert. Der Synodalpräses, Cornelius A. von Heyl, schloss diese Diskussion mit der Feststellung ab:

*«Wir haben in den letzten zehn Jahren Signal auf Signal gehört und doch überhört, dass die Studentengemeinden an vielen Orten nicht mehr die Funktion haben, zur christlichen Wahrheit zu führen, sondern zu einer Barriere geworden sind. Zur Wahrheit kommt man vielfach nur um sie herum...»*

Kritiker der politisch einseitigen Aktivitäten der ESG rufen, wenn von den Versäumnissen der Leitungen der evangelischen Kirche gegenüber den ESG oder von der Tatsache die Rede ist, dass «Kommunisten auf die Kanzeln» der evangelischen Kirche dürfen, die «Celler Konferenzen» von 1968 und 1969 in Erinnerung, auf denen «antiautoritäre» Theologiestudenten, Vikare und Pfarrer ihr «theologisch-politisches Verständnis» formulierten:

*«Die blinden Blindenführer in den kirchlichen Aemtern seien beruhigt: Wir wollen ihnen nicht ans Leben... Wir lassen ihnen ihr Opium. Wir lassen sie rechts liegen in ihrer ganzen aufgeblähten Bedeutungslosigkeit. Wir bekämpfen nicht die Kirche; sie bekämpft sich selbst, und sie tut das gut. Wir kämpfen nur darum, mit Hilfe des kirchlichen Machtapparates mitwirken zu können an allen emanzipatorischen Bestrebungen, die letztlich nur in der Zerschlagung des Kapitalismus ihr Ziel haben können.»*

*Wenn die Kirche aber ein Interesse an der Erhaltung dieser Gesellschaftsordnung hat, die ihr so viele finanzielle und politische Vorteile verschafft, wird sie sich gegen uns wehren müssen. Wir werden diese Abwehr unterlaufen. Wir werden jeder für sich versuchen, in die Kirche einzusickern. Wir werden daher die Kirchenleitungen belügen, so wie sie das Kirchenvolk belügen.*

(Fortsetzung von Seite 5)

Fortschritte zu erzielen, zugleich aber so kleine Fortschritte, dass keiner für sich selbst genommen eine offensichtliche Verteidigungsnotwendigkeit begründet.

In diesem Lichte besehen wird verständlich, dass Moskau zwar ein ausserordentlich grosses Interesse hat, die Macht in Afghanistan zu übernehmen. Gleichzeitig hat es aber nicht das geringste Interesse daran, dass diese Macht aussenpolitisch rasch wirksam oder allzu sichtbar werde.

Die Zurückhaltung des neuen afghanischen Staatschefs ist erstaunlich. Er hat der sicher grossen Versuchung widerstanden, sofort eine bedeutende internationale Rolle zu spielen. Dieser Umstand deutet darauf, dass Moskau in Afghanistan einen bestimmenden Einfluss ausübt.

Hätte Staatschef Taraki stattdessen eine offensive Haltung eingenommen, würde er vermutlich jenen Tropfen beigesteuert haben, der den Krug zum Ueberlaufen bringt. Die sofortige Aufnahme einer Offensive, namentlich gegen den Nahen Osten, hätte die sensibilisierten Völker doch endlich überzeugen können, dass eine wirksame Verteidigung tatsächlich keinen Luxus mehr darstellt, als der sie fälschlicherweise immer noch verstanden wird.

Ein bemerkenswerter Missgriff des sowjetischen Botschafters in Pakistan, Sarwar Asimow, bestätigt die hier vertretene These, dass Afghanistan

praktisch als neuer sowjetischer Satellit anzusprechen ist.

Anfang Mai ist in der Wochenzeitung «Afro-Asia» (veröffentlicht in Lahore in der Urdu-Sprache) ein Gespräch des Botschafters mit pakistanischen Journalisten wiedergegeben worden. Danach soll Asimow festgestellt haben, Pakistan sei «kein Freund unserer Feinde, und seine Feinde sind unsere Freunde». Als Illustrationen erwähnte er die Unterstützung, die Pakistan dem sowjetfeindlichen Somalia gewährt habe, ferner die Tatsache, dass die Presse Pakistans Auszüge aus den Memoiren des ägyptischen Präsidenten Sadat veröffentlicht habe, «eine absurde, alte Veröffentlichung voll von Beschimpfungen an die Adresse der UdSSR». Bessere Beziehungen zwischen Moskau und Islamabad seien möglich unter der Bedingung, dass Pakistan seinen aussenpolitischen Kurs wechsele und namentlich aus dem Cento-Pakt austrete. Als beispielhaft betrachtete der Botschafter den Weg Afghanistans. Dieses Interview hat in Asien und andernorts sofort allergrösste Beachtung gefunden. Es deutete mit aller Klarheit die Stossrichtung weiterer sowjetischer Offensiven an. Mehr als einen Tag später behauptete dann die Sowjetbotschaft in Islamabad, die privaten Aeusserungen des Botschafters seien verfälscht wiedergegeben worden. Das ist begreiflich, denn die allzu unverblühte Sprache musste als Weckruf wirken. Eben dies sollte verhindert werden — und es ist seither auch unterbunden worden. ■

**4%**  
Anlagehefte

**4 1/4%**  
Kassa-Obligationen

---

**COUPON** für Geschäftsbericht  
in verschlossenem Couvert

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

**CITY BANK**  
Talstrasse 58, 8021 Zürich  
Tel. 01/211 76 11